

G I G G A *Focus*

German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 2

2012

ISSN 1862-3611

NAHOST

Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime

Stephan Rosiny

Am 11. Februar 2012 jährte sich zum ersten Mal die Entmachtung des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak. Sein Sturz hatte die Protestwelle des *Arabischen Frühlings* verstärkt, in dessen Rahmen bislang drei weitere Herrscher entmachtet wurden. In Tunesien, Marokko, Ägypten und Kuwait fanden freie Wahlen statt, bei denen islamistische Parteien gewannen; in Libyen, Algerien und Jemen werden ihnen gute Wahlchancen zugeschrieben. Damit setzen sich die islamistischen Parteien sowohl gegen regimenahe Akteure als auch gegen liberale, sozialistische und jugendlich-revolutionäre Oppositionskräfte durch.

Analyse

Aus der bislang größten Krise der autoritären republikanischen Regime im arabischen Raum gehen Islamisten bislang als die eigentlichen Gewinner hervor. Islamismus verkörpert dabei keine homogene Bewegung, sondern tritt regional, ideologisch und konfessionell in verschiedenen Varianten auf.

- Die Legitimitätskrise der autoritär regierenden Regime, das Partizipationsdefizit nahöstlicher Gesellschaften und der Glaubwürdigkeitsverlust westlicher Politik im Nahen Osten sind maßgeblich verantwortlich für das Aufbegehren im *Arabischen Frühling*.
- Reform-islamistische Parteien nehmen dabei die nicht eingelösten Versprechen und Forderungen des Nationalismus nach Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Partizipation, Entwicklung und Würde wieder auf und präsentieren sie in einem „authentisch islamischen“ Gewand. Es sind diese politischen Ziele und weniger religiöse Motive, die ihren Aufstieg erklären.
- Neben den reform-islamistischen Parteien haben sich fundamentalistische Salafisten als unerwartete zweite Kraft etablieren können. Auf den dritten Platz abgefallen, aber keinesfalls abgeschrieben, sind Jihadisten wie al-Qaida, die in den Ländern, in denen die Gewalt eskaliert, eine neue Chance für sich wittern.
- Bei den Protesten des *Arabischen Frühlings* zeigen sich jedoch große regionale Unterschiede. Erfolgreich waren die Massenproteste bislang in den homogen sunnitischen Republiken Nordafrikas, nicht jedoch in den Golfmonarchien und in den konfessionell heterogenen ostarabischen Ländern.

Schlagwörter: Islamismus, Arabischer Frühling, autoritäre Herrschaft



Neue Gesichter

Am 5. März 2012, keine sechs Wochen nach der konstituierenden Sitzung des ägyptischen Parlaments am 23. Januar 2012, musste Anwar al-Balkimi – Abgeordneter der *Nur*-Partei (Partei des Lichts) – sein Mandat bereits wieder abgeben. Er war über einen „Nose Job Scandal“ gestolpert, wie englischsprachige Medien titelten.¹ Er hatte seine Nase operieren lassen, vermutlich um bei dem momentan großen Medieninteresse an seiner bunten Truppe bärtiger Salafisten attraktiver zu erscheinen. Damit machte er sich jedoch einer schweren Verfehlung schuldig, da die Schönheitsoperation im konservativen Islamverständnis des Salafismus eine „unerlaubte Neuerung“ darstellt und ebenso wie Bikinis, vollständige Bartrasur und Krawatten verboten ist. Der ertappte Sünder musste reumütig von seinem Mandat zurück- und aus seiner Partei austreten. Interessanterweise hatten die Salafisten selbst einige Tabus gebrochen, indem sie eine „Partei“ gegründet und sich an demokratischen Wahlen beteiligt hatten – beides galt ihnen zuvor als unislamisches „westliches Importgut“. Die *Nur*-Partei wurde mit 24 Prozent der Parlamentssitze zweitstärkste Partei hinter der ebenfalls islamistischen Muslimbruderschaft, die 47 Prozent der Parlamentssitze erzielte und den Mainstream des reformorientierten Islamismus verkörpert.

Ägypten und der Nahe Osten stehen derzeit vor schwerwiegenderen Herausforderungen als der islamrechtlichen Bewertung der Schönheitschirurgie. Jahrzehnte autoritärer Herrschaft haben desolate und korrumpierte Staatsstrukturen, verschuldete Haushalte, institutionell unterentwickelte und gesplante Gesellschaften hinterlassen. Warum ausgerechnet Islamisten, und nicht etwa liberale, sozialistische oder nationalistische Reformer, erfolgreich aus dieser schwersten Krise der autoritären arabischen Regime hervorgingen, bedarf einer Erklärung. Ihr Aufstieg lässt sich – trotz des erratischen Verhaltens einiger Akteure – nicht als Kurzepisode banalisieren.

Richtungen im Islamismus

Europäische Kolonialmächte und die USA beherrschten seit dem 19. Jahrhundert immer größere Teile der arabischen Welt. Islamische Religionsgelehrte

und muslimische Intellektuelle deuteten die eigene Unterlegenheit und Rückständigkeit in Politik, Militär, Gesellschaft und Kultur als eine Krise des Islams. Nach ihrer Vorstellung waren die Gläubigen in Jahrhunderten der scholastischen Theologie und Jurisprudenz vom ursprünglichen Islam abgewichen, was zur Verfälschung des wahren Islams und zur Spaltung und Schwächung der muslimischen Gemeinde geführt habe. Aus dieser Einsicht zogen sie zwei konträre Schlüsse:

- Die Vertreter des im 18. Jahrhundert begründeten Wahhabismus, der heutigen Staatsreligion in Saudi-Arabien, sehen im Koran und in den Überlieferungen des Propheten Muhammad eine buchstabengetreu zu befolgende Anweisung für ihr Handeln. Die Gläubigen müssten zum mythisch verklärten Ur-Islam zurückkehren und alle unerlaubten Neuerungen (*Bid'a*, Pl. *Bida'*) überwinden. Muslime, die sich nicht an die strengen Regeln halten, gelten als vom Islam Abgefallene (*Kuffar*). Dieses fundamentalistische Islamverständnis findet sich auch im Salafismus, der seit den 1970er Jahren mit Petro-Dollars der Golfmonarchien finanziert als global missionierende Bewegung auftritt. Salafisten streben eine strikte Islamisierung von Gesellschaft und Politik an. Einige von ihnen radikalisierten sich im „Jihad“ gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans (1979-1989). Diese Jihadisten legitimieren Gewalt gegen „abtrünnige“ Muslime und „Feinde des Islams“, zu denen sie ausländische Besatzungstruppen und deren Helfer, arabische Herrscher und schiitische Muslime rechnen.
- Die Wiederbelebung (*an-Nahda*) des authentischen Islams und die Überwindung des Ballastes einer überbordenden Scholastik stehen auch im Zentrum des Reform-Islamismus. Allerdings verlangen seine Vertreter keine buchstabengetreue Imitation der frühislamischen Lebenspraxis, sondern die Befolgung der allgemeinen Prinzipien des Islams. Mit Hilfe selbständiger, rationaler Interpretation (*Ijtihad*) soll der Islam „im Lichte der Zeit“, d.h. angepasst an die jeweiligen Bedingungen und zum Nutzen der Menschen, praktiziert und verinnerlicht werden. Reform-Islamisten erweisen sich als pragmatisch und willens, sich auf eine „islamisch moderierte“ Modernisierung einzulassen. Sie bemühen sich, nützliche Mitglieder ihrer Gesellschaften zu sein.

Diese idealtypische Gegenüberstellung eines auf die Befolgung von Regeln ausgelegten

¹ al-Akhbar vom 6. März 2012, online: <<http://english.al-akhbar.com/content/nose-job-scandal-topples-egyptian-salafi-mp>> (12. März 2012).

„Gehorsams-Islams“ und eines rationalistischen Reform-Islams bestimmt den Diskurs im zeitgenössischen Islamismus. Die zentrale Frage lautet, wie viel verbindlich „Festes“ (*Thabit*) den Islam auszeichnet, um sein Wesen zu bewahren, oder wie viel Reform (*Islah*) erforderlich ist, um den Wandel in einer dynamischen Welt zu begleiten. In der Realität finden sich zahlreiche Mischformen und ein heterogenes Spektrum an islamistischen Ideologien und Bewegungen. Abgesehen von Saudi-Arabien und Iran, wo Islamismus in zwei konträren Formen Staatsdoktrin geworden ist, und gelegentlichen Regierungsbeteiligungen sind Islamisten fast überall Vertreter von Oppositionsbewegungen geblieben und wurden meist verfolgt. Die autoritären Regime rechtfertigten ihre Repression mit einer drohenden „Islamisierung“, womit sie besonders seit den Anschlägen von al-Qaida am 11. September 2001 Verständnis und Unterstützung im Westen fanden. Auch während der Proteste des *Arabischen Frühlings* präsentierten sich die Autokraten als Garanten der Stabilität gegen einen fanatischen Islamismus, allerdings zunehmend erfolglos.

Islamisten im Arabischen Frühling

Die arabische Welt erlebt seit Anfang 2011 eine historisch einmalige Dynamik an Protestbewegungen, die sich in ihrer Symbolsprache und in ihren Forderungen ähneln und wechselseitig beeinflussen (Rosiny 2011). Reform-Islamisten spielen bei den Aufständen eine bedeutende Rolle, auch wenn sie nicht immer in der ersten Reihe standen. In Ägypten beteiligten sie sich seit 2007 an der zunehmend regimekritischen Opposition und waren seit dem 28. Januar 2011 ein fester Bestandteil zahlreicher Kundgebungen. In Libyen nahm die Muslimbruderschaft und die *Libysche Islamische Kampfgruppe*, die ehemals mit al-Qaida verbündet war, am Aufstand teil. Viele Oppositionsgruppen in Bahrain sind schiitisch-islamistisch (*al-Wifaq, al-Haqq*), und in Marokko beteiligen sich gemäßigte Islamisten an der *Bewegung des 20. Februar*. Im Jemen rief eine Gruppe um die gemäßigt-islamistische 32-jährige Journalistin und Friedensnobelpreisträgerin Tawakkul Kamran zu Demonstrationen auf. In Syrien ist die Muslimbruderschaft Teil des oppositionellen *Syrian National Council* (SNC). Allerdings hielten sich gemäßigte Islamisten aus taktischen Gründen häufig zunächst zurück, um den Regimes keinen Vorwand für eine Repression einer „islamistischen“ Machtübernahme zu liefern und um eine

breite nationale Massenbewegung zu ermöglichen. Seit dem Präsidentensturz in Ägypten engagiert sich ein breites Spektrum islamistischer Parteien in der politischen Entwicklung – neben Reformislamisten wie der Muslimbruderschaft auch Salafisten und Sufis in unterschiedlicher Ausprägung (Brown 2011). Abgesehen von Splittergruppen wie der *Hizb at-Tahrir* forderte bislang keine Bewegung die Errichtung eines „islamischen Staates“.

Überraschend ist das starke Abschneiden der fundamentalistischen Salafisten, nicht nur bei den Wahlen in Ägypten. Sie könnten zur größten Herausforderung für die reformwilligen Islamisten werden, da sie einerseits als Konkurrenten auftreten, andererseits nach außen das Zerrbild eines fundamentalistischen Islams bestätigen. Der globale Jihadismus von al-Qaida ist durch die Entwicklungen hingegen eher geschwächt worden, weil seine Ideologie widerlegt wurde, wonach nur ein gewaltsamer Sturz der Regime nach der Vertreibung westlicher Truppen möglich sei. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass jihadistische Gewaltakteure bei Rückschlägen des Reformprozesses und in den Sicherheitsnischen geschwächter Staaten aktiv werden bzw. bleiben, etwa im Jemen, Irak, in Libyen und Syrien.

Die Entwicklungen des *Arabischen Frühlings* differieren subregional stark voneinander. Dabei lassen sich grob drei Pfade unterscheiden, die sich gehäuft, aber nicht ausschließlich, in Nordafrika, auf der Arabischen Halbinsel und im ostarabischen Raum finden, und in denen verschiedene Formen des Islamismus auftreten.

– In Nordafrika kam es bislang zu den weitreichendsten Veränderungen. Ein gemäßigter Islam gilt in den konfessionell weitgehend homogenen sunnitischen Gesellschaften als Teil der nationalen Identität. Hier wurden die autoritären Herrscher von Tunesien, Ägypten und Libyen gestürzt. Sunnitisch-islamistische Parteien gingen als Sieger aus den überwiegend freien und pluralistischen Wahlen in Tunesien mit 41,5 Prozent, Marokko mit 27 Prozent und Ägypten mit über 70 Prozent hervor, und sie gelten als Favoriten bei den im Frühsommer 2012 anstehenden Wahlen in Algerien und Libyen. Gemäßigte Islamisten streben keine Alleinherrschaft an, sondern gehen Wahlbündnisse und Regierungskoalitionen mit säkularen und nationalen Kräften ein. Sie wollen damit die weit verbreitete Angst vor einer islamistischen Alleinherrschaft zerstreuen und die Verantwortung für

die anstehenden, auch unpopulären Entscheidungen im Transformationsprozess verteilen.

- Den autokratischen sunnitischen Monarchen des Golf-Kooperationsrates (GCC) gelang es bisher – mit Ausnahme Bahrains – potenziellen Unmut in der Bevölkerung mit Vergünstigungen zu beschwichtigen und lokal begrenzte Proteste im Keim zu ersticken (Richter 2011). Saudi-Arabien, in dem der konservative Wahhabismus Staatsreligion ist, dominiert den monarchischen „Club der Reichen“. Auch die Herrscher in Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) präsentieren sich als fromme Muslime und fördern die globale Mission des Salafismus durch den Unterhalt von islamischen Zentren, Hilfsorganisationen und religiös-konservativen Satellitenprogrammen. Schiitische Oppositionelle in Bahrain und Saudi-Arabien, die sich in islamistischen Parteien organisieren, kämpfen für ihre Gleichberechtigung als Staatsbürger. Sie leiden unter dem Hegemonialkonflikt zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitischen Saudi-Arabien, in dem sie häufig als „Agenten“ Irans beschimpft werden. Einige Golfmonarchien blieben bislang von islamistischer Opposition verschont.
- Die ethnisch und konfessionell fragmentierten Länder im ostarabischen Raum, der Libanon und Irak, Kuwait und Bahrain, Syrien und Jemen, stellen einen weiteren Typus dar. In diesen Ländern haben sich bislang keine auf nationaler Ebene operierenden Protestbewegungen etablieren können. Islamistische Parteien vertreten hier entweder nur eine Konfession (Sunniten oder Schiiten) oder mehrheitlich eine subnationale Gemeinschaft.² Einige von ihnen gelten als Klienten der konkurrierenden Regionalmächte Iran (etwa die *Hizb Allah* im Libanon), Saudi-Arabien (besonders Salafisten) und Türkei (Teile der syrischen Muslimbruderschaft) und sind in den konfessionellen Sunna-Schia-Gegensatz verstrickt. Trotz Bemühungen zur „Annäherung zwischen den Konfessionen“ gelang es Reform-Islamisten bislang nicht, ein überkonfessionelles Bündnis zu schmieden. Polarisierend treten

² Jordanien mit dem Gegensatz zwischen palästinensisch- und jordanisch-stämmigen Bewohnern und Palästina wegen der regionalen Zerstückelung in die Bewohner von Israel, der Westbank, des Gaza-Streifens und der Diaspora gehören tendenziell in diese Kategorie fragmentierter Länder. In der jordanischen Muslimbruderschaft sind palästinensisch-stämmige Jordanier überrepräsentiert. Die palästinensische Hamas hat ihre stärkste Basis im Gaza-Streifen und einigen Diasporagemeinden.

insbesondere sunnitische Jihadisten auf, die schiitische Muslime als „Abtrünnige“ (*Kuffar*) ansehen und bekämpfen. Dem irakischen sunnitisch-schiitischen Bürgerkrieg (2006-07) ging eine anti-schiitische Terrorkampagne voraus. Aktuell mobilisieren jihadistische Netzwerke gegen das „abtrünnige alawitische Regime“ in Syrien.

Wenn also vom „Aufstieg des Islamismus“ im *Arabischen Frühling* die Rede ist, so bezieht sich dies vorwiegend auf die Länder Nordafrikas, nur beschränkt auf die ethnisch-konfessionell fragmentierten Länder des Nahen Ostens, jedoch nicht auf die Golfmonarchien. Der Aufstieg reform-islamistischer Bewegungen ist eng mit drei regionalen Konfliktstrukturen verknüpft und stellt in erster Linie eine Reaktion auf diese Konflikte dar:

- Autoritäre republikanische und monarchische Regime im Nahen Osten hielten sich bislang durch neopatrimoniale Herrschaft und Repression an der Macht. Sie erlebten in den vergangenen Jahren jedoch einen massiven *Legitimitätsverlust*.
- Junge, teils gut ausgebildete Männer und Frauen, analphabetische und arme Bewohner, einzelne Ethnien und Konfessionen sowie periphere Regionen leiden an massiven *Partizipationsdefiziten* in ihren Gesellschaften. Diese politische, ökonomische und soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit ist ein wesentlicher Motor der Proteste im *Arabischen Frühling*.
- Der Westen verlor an *Glaubwürdigkeit*, weil er über Jahrzehnte autoritäre Regime unterstützte. Zudem interpretierten viele Menschen in der Region den nach dem 11. September ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ als einen Kulturkrieg gegen die islamische Welt.

Die Legitimitätskrise nationalistischer Regime

Die republikanischen autoritären Regime der Region begründeten die Legitimität ihrer Herrschaft aus dem Anti-Imperialismus der postkolonialen Phase und einer Mischung aus arabischem und einzelstaatlichem Nationalismus. Dem lagen die Versprechen von Einheit, politischer Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit zugrunde. Propagiertes Ziel war es, die von den europäischen Kolonial- und Mandatsmächten hinterlassene Fragmentierung zu überwinden. Die nationale Befreiung sollte zu technologischem Fortschritt, wirtschaftlicher Entwicklung und materiellem Wohlstand der Menschen führen. Auf regionaler Ebene propagierten die Regime die

Befreiung Palästinas. Doch die Realität sieht anders aus: Die Herrscher hielten an einzelstaatlichen Egoismen fest und rieben sich in zwischenstaatlichen Konkurrenzen auf. Die Länder blieben im Vergleich zu anderen Weltregionen politisch, wirtschaftlich, technologisch und militärisch rückständig und abhängig vom Ausland. Den Staaten mangelt es an funktional diversifizierten, bürokratischen Institutionen, die im Dienste der Bürger stehen. Stattdessen bleiben die Bewohner abhängige Klienten patrimonialer Herrschaft, in der Dienstleistungen als Gunstbeweise über „Beziehungen“ vermittelt und nicht gemäß Wissen, Können oder Bedürftigkeit vergeben werden. Die republikanischen Autokraten begegneten der wachsenden Unzufriedenheit, die sich im oppositionellen Islamismus manifestierte, indem sie eine „Islamisierung von Oben“ betrieben und sich als „fromme Herrscher“ präsentierten. Ihre religiöse Wende nahm man ihnen jedoch nicht ab: vielmehr machten sie sich als „Heuchler“ eher noch angreifbarer.

Islamisten erzielten ihre Attraktivität aus dem Legitimitätsverlust der republikanischen Regime, deren säkulare Ideologien und Herrschaftspraxis in den Augen vieler Menschen versagt haben. Dem stellen Reform-Islamisten ihre politischen Vorstellungen legitimer Herrschaft entgegen, die sie in mehreren „islamischen“ Verfassungsentwürfen, Partei- und Wahlprogrammen ausgearbeitet haben. Sie umfassen die Forderungen nach Demokratie, Institutionenbildung, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Rechenschaftspflicht der Herrscher und Transparenz. Islamisten gehören seit Jahrzehnten zu den dezidierten Kritikern von Korruption und Machtmissbrauch. Viele von ihnen nahmen dabei große persönliche Opfer in Kauf. Als Oppositionelle unterlagen sie häufig Repression und Verfolgung, und ihre politische Sozialisation ist nicht selten von Gefängnis-erfahrung und Folter gezeichnet. Deshalb genießen sie hohe Glaubwürdigkeit und Ansehen in der Bevölkerung. Aus ihrer Erfahrung mit politischer Repression und im Umgang mit Sicherheitskräften leiteten sie Vorsichtsmaßnahmen und klandestine Vorgehensweisen ab, die ihnen bei den Protesten in Ägypten, Libyen, Tunesien, Syrien und Jemen zugute kamen. So organisierten sie etwa den Schutz und die medizinische Versorgung von Demonstrationen und koordinierten die Aktivitäten in mehreren Städten. Moscheen dienen als zentrale Versammlungsorte, da sie oft die einzigen Freiräume für soziale und politische Mobilisierung

boten, besonders während des Freitagsgebets. So entwickelte sich etwa in Jordanien und Syrien eine Dynamik, sich im Anschluss an das Freitagsgebet zu Kundgebungen zu versammeln.

Die Partizipationskrise nahöstlicher Gesellschaften

Die arabischen Regime scheiterten in der sozioökonomischen Entwicklung ihrer Gesellschaften, was sich in drastischen Wohlstandsunterschieden und Diskriminierung widerspiegelt. Sie brachen ihre entwicklungspolitischen Versprechen, die sie im Namen säkularer Ideologien des Sozialismus und Neoliberalismus gegeben hatten. Islamisten bieten heute in einigen Ländern sowohl auf normativer Ebene als auch in der praktischen Durchsetzung glaubwürdige Alternativen an. Dabei greifen sie die unerfüllten Forderungen des Nationalismus von Stärke, Unabhängigkeit, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Einheit auf und präsentieren sie in „islamischem“ Gewand.

Scheindemokratien mit Wahlfälschungen, Parteienverboten, Repression und Menschenrechtsverletzungen schränken die politische Freiheit in arabischen Autokratien massiv ein. Sie sind aber nur ein Aspekt eines fundamentalen Partizipationsdefizits, das ökonomische, soziale und kulturelle Diskriminierung auf lokaler, regionaler und globaler Ebene umfasst. Trotz sinkender Geburtenraten und gewisser Entwicklungsfortschritte ist Armut besonders in den rohstoffarmen und bevölkerungsreichen Ländern weit verbreitet. Sie steigert sich regional und temporal dramatisch, etwa durch Fluchtbewegungen vor Kriegen und ökologischen Krisen wie der Versteppung und Wüstenbildung ehemals landwirtschaftlich ertragreicher Regionen im Jemen, in Syrien und im Irak. Hunderttausende Menschen siedeln in die Städte um, die weder genügend Arbeit noch Wohnungen bereithalten. Weltmarktspekulationen auf Lebensmittel ließen die Lebensmittelpreise im Januar 2011 sprunghaft steigen. Zuvor hatten viele Regime noch Subventionen für Lebensmittel und Energie gekürzt, was sie nach Ausbruch der Proteste umgehend rückgängig machten.

Zu Protesten und Widerstand führt Armut besonders dann, wenn sie von den Betroffenen als ungerecht empfunden wird, etwa wenn die Einkommensschere auseinandergeht, einzelne Regionen, ethnische oder konfessionelle Gemeinschaften diskriminiert werden oder sich das Stadt-Land-Gefälle verschärft. Eine besondere Disparität tut

sich in den arabischen Ländern in einer von Demografen als „Jugendblase“ bezeichneten Entwicklung auf. 60-75 Prozent der Bewohner sind unter 35 Jahre alt. Trotz rückläufiger Geburtenraten – in manchen Ländern haben sie bereits europäisches Niveau erreicht – drängen nach wie vor viele junge Menschen auf den Arbeitsmarkt. In Ägypten sind 90 Prozent der Arbeitslosen unter 30 Jahre alt, aber selbst im ölreichen Saudi-Arabien sind fast 40 Prozent der 20-24-Jährigen ohne Arbeit. Die Jugend sieht sich um ihre politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe betrogen. Höhere Bildung weckt die Hoffnung auf qualifizierte, gut bezahlte Beschäftigung, bietet aber längst keine Garantie mehr für einen adäquaten Arbeitsplatz, etwa in der aufgeblähten Staatsbürokratie. Aus Mangel an bezahlbaren Wohnungen und wegen der hohen Arbeitslosigkeit können sich junge Menschen erst spät eine Familiengründung leisten. Angesichts der konservativen Sexualmoral steigert dies die Frustration junger Menschen. Die Unzufriedenheit wächst besonders unter Akademikern, die sich besser artikulieren können und größere Affinität zu neuen Medien aufweisen. Sie bilden mit ihren sozialen Netzwerken und neuen Medien das Bindeglied im regional expandierenden arabischen Protestraum.

Der neoliberale Rückzug des Staates aus der sozialen Versorgung und Verantwortung hat zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben geführt. Die Menschen suchen deshalb bei nicht-staatlichen Akteuren Schutz, zum einen in der Familie, zum anderen in religiösen Netzwerken. Islamisten in Jordanien, Palästina, Ägypten und vielen anderen Ländern betreiben multifunktionale Netzwerke, in denen sie Sozialarbeit, Bildung und Wirtschaftsförderung mit der Aufforderung zum „aufrechten Glauben“ verbinden. Sie unterhalten Einrichtungen der karitativen Versorgung, Gesundheitsfürsorge, Bildung vom Kindergarten bis zu Berufsschulen und der Wirtschaftsförderung mit Vermarktungshilfen, Kleinkreditprojekten und Messen. Sie schaffen in eigenen Unternehmen sowie Entwicklungsprojekten, auch in peripheren Regionen, neue Arbeitsplätze.

Die Träger des gemäßigten Islamismus stammen meist aus der Mittelschicht, die aufstiegsfähig und urban ist. Dennoch bieten sie ein inklusives Gesellschaftsmodell, das eine breite soziale Basis anspricht: Jugendliche, Erwachsene und Alte, Arme und Reiche, Frauen und Männer, „Bildungsferne“ und Intellektuelle gleichermaßen. Sie wollen

regionale Unterschiede, den Stadt-Land-Gegensatz und die Fragmentierung in Ethnien und Stämme überwinden.

Mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen erfüllen sie ihre religiös verstandene Pflicht der Solidarität, Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Soziale Dienste werden über *Zakat* (Almosenabgaben), *Sadaqat* (fromme Abgaben) oder *Auqaf* (fromme Stiftungen), im Falle schiitischer Netzwerke zusätzlich durch *Khums* (Fünftel), finanziert. Uneigennützigkeit und jenseitige Belohnung sind dabei prioritär gegenüber kurzfristigem Profitdenken, der Dienst an der religiösen Gemeinschaft steht über persönlicher Bereicherung. Korruption gilt nicht nur als ökonomische Straftat, sondern als moralische Verfehlung. In ihren Netzwerken und Unternehmen profitieren sie so von einer religiösen Moralökonomie, in der sich die Gläubigen ethisch korrekt begegnen sollen. Man traut Reform-Islamisten wohl vor allem aus diesen Gründen die Regierung eines Staates zu.

Islamisten und die Mehrheit der Muslime im Nahen Osten sind der Auffassung, dass die Einführung der Scharia eine Lösung ihrer Probleme biete. Die islamistische Forderung nach der „Einführung der Scharia“ ist dabei die Gegenfolie zur bisherigen Willkürherrschaft der Autokraten, die sich nicht einmal an ihre „menschengeschaffenen“ Gesetze hielten. Gerichtssysteme sind oftmals regimeloyal und für die meisten Menschen finanziell unerreichbar. Angesichts der massiven Defizite des staatlichen Rechtssystems wird die Scharia als göttliches, über menschlichen Interessen stehendes Gesetz zum Heilsversprechen von „Gerechtigkeit“. Doch im Umfang und der Interpretation der Scharia und in den Methoden zu ihrer Durchsetzung gibt es große Meinungsverschiedenheiten.

Der Glaubwürdigkeitsverlust des Westens

Der Legitimitätsverlust der autoritären Regime ging mit einem Ansehensverlust westlicher Nahost-Politik einher. Denn trotz Forderungen nach Demokratie und der Einhaltung von Menschenrechten unterstützten westliche Regierungen die meisten Diktaturen, wenn sie ökonomisch nützlich wie in Saudi-Arabien oder politisch hilfreich wie in Ägypten und Jordanien waren. Die Diktatoren in Nordafrika sollten Europa gegen Arbeitsmigration abschotten. Einige Autokraten rechtfertigten ihre repressive Politik mit dem ansonsten drohenden Chaos und der Machtübernahme radikaler

Islamisten. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 fanden sie hierfür Verständnis und Unterstützung im Westen. Die Anschläge dienten den USA und ihren Alliierten als Legitimation für Kriege, gewaltsamen „Regime Change“ und die Besatzung von Afghanistan und dem Irak. Die „Greater Middle East Initiative“ zur Demokratisierung der Region war für die arabische Bevölkerung indes lediglich ein heuchlerischer Vorwand, um sich in die Politik der Region einzumischen.³ Auch wenn George W. Bush seine Parole eines „Kreuzzugs gegen den Terror“ schnell korrigierte und nun von einem „Krieg gegen den Terror“ sprach, sahen die Menschen im Nahen Osten hinter der amerikanischen Kriegsführung der Neocons eine religiöse Agenda. Jihadisten riefen zum Widerstand gegen die „Kreuzritter“ (*Salibiyun*) auf.

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung gingen mit dem Westen verbündete Regime gegen innenpolitische Gegner vor, insbesondere gegen islamistische Oppositionelle. Pikanterweise förderten sie gleichzeitig die von Golfmonarchien finanzierte Mission vermeintlich unpolitischer, besonders konservativer Salafisten, um die wachsende Frömmigkeit der Bevölkerung zu absorbieren und vom politischen Reformislamismus abzuwenden.

Islamisten werfen dem Westen vor, er verhalte sich arrogant in der Festlegung internationaler Normen, die er selbst nicht einhalte. So bezichtigte der Westen Islamisten ihres mutmaßlich undemokratischen Charakters. Doch als das algerische Militär 1992 gegen den absehbaren Wahlsieg der Islamisten putschte, rührte sich kein Protest. Die Wahlsiegerin der ersten freien Parlamentswahlen in den Palästinensergebieten im Januar 2006, die islamistische Hamas, wurde seitdem boykottiert. Die Gleichgültigkeit gegenüber Israel, das eine völkerrechtswidrige Siedlungspolitik betreibt, massiv die Menschenrechte von Palästinensern verletzt und Dutzende UN-Resolutionen ignoriert hat, wird nicht nur von Islamisten als doppelzünftig kritisiert.

Perspektiven

In den Aufständen des *Arabischen Frühlings* kämpfen säkulare und islamistische Oppositionelle

³ In einer Umfrage von 2006 gaben Befragte in mehreren arabischen Ländern als Motive der US-Politik an: die Kontrolle des Öls (83 Prozent), der Schutz Israels (75 Prozent), die Schwächung der muslimischen Welt (69 Prozent), und am anderen Spektrum der Leiste: die Verbreitung der Menschenrechte (10 Prozent), die Verbreitung von Demokratie (9 Prozent) (Telhami 2007).

häufig Seite an Seite. Sie teilen die Kritik an den delegitimierten Regimen, und sie fordern gemeinsam eine breitere Teilhabe der Bevölkerung an der Entwicklung ihrer Gesellschaften. Seit 1996 strahlt unter anderem der Fernsehsender *Al-Jazeera* Debatten zwischen Islamisten und Säkularen aus, wodurch sich deren zuvor separate Diskurse begegneten und anglichen. Sie fordern Gerechtigkeit, soziale Verantwortung, mehr persönliche Freiheitsrechte, Selbstbestimmung und Authentizität statt blinder Imitation des Westens, breite Partizipation und eine kulturell angepasste Modernisierung, die ein anderes Tempo und möglicherweise auch eine andere Richtung als die westliche nehmen wird. Diese Forderungen lassen sich sowohl säkular als auch islamisch begründen. Der Kampf gegen Korruption, für die Rechenschaftspflicht der Politiker, gute Regierungsführung, der Aufbau diversifizierter staatlicher Strukturen, die Überwindung des Laissez-faire Staates und des Klientelismus bieten breite Schnittmengen nationalistischer und islamistischer Entwicklungskonzepte.

Darin zeichnet sich möglicherweise ein Paradigmenwechsel ab. Stand die oppositionelle Politisierung im 19. Jahrhundert noch im Zeichen eines anticolonialen Panislamismus, so dominierte im 20. Jahrhundert der säkulare arabische Nationalismus in verschiedenen Varianten die Legitimation und das Handeln der Regime. Säkularismus und Islamismus grenzten sich scharf voneinander ab. Im 21. Jahrhundert könnte eine Überwindung des Gegensatzes und eine Annäherung der Ideologien des Arabismus und Islamismus prägend werden. Die Trennlinie der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung verläuft heute weniger zwischen Islamismus und Säkularismus als zwischen Traditionalismus und Moderne. Dies lässt sich etwa im Verhältnis der Geschlechter und Generationen oder im Umgang mit religiösen und ethnischen Minderheiten beobachten, bei denen heute progressive Islamisten fortschrittlicher als manche Nationalisten sind.

Literatur

- Brown, Jonathan (2011), *Salafis and Sufis in Egypt*, Carnegie Papers, December, online: <<http://carnegieendowment.org/2011/12/20/salafis-and-sufis-in-egypt/8fj4>> (10. März 2012).
- Telhami, Shibley (2007), *2006 Annual Arab Public Opinion Survey*, online: <www.brookings.edu/views/speeches/telhami20070208.pdf> (12. März 2012).

■ Der Autor

Dr. Stephan Rosiny ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Islamismus, Gewalt und Religion, den schiitischen Islam und den ostarabischen Raum.

E-Mail: <rosiny@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/rosiny>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Forschungen zum politischen Islam finden am GIGA im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ innerhalb des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ statt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Büchs, Annette (2012), *Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbruderschaft und der Salafisten*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

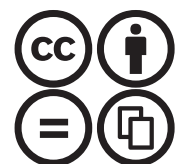
Borszik, Oliver (2011), *„Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Richter, Thomas (2011), *30 Jahre Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM